



Die Uhr tickt!

Positionspapier der Fair-Handels-Bewegung zur COP27

Das Urteil der jüngsten Berichte des Weltklimarats IPCC ist einhellig und erschütternd: Das Klima auf unserem Planeten verändert sich, und dieser Wandel wurde vom Menschen ausgelöst. Das 2015 im Pariser Abkommen festgelegte Klimaziel, die globalen Temperaturen unter der Schwelle von 1,5 °C zu halten, ist noch in Reichweite. Aber die Wahrscheinlichkeit, es zu erreichen, nimmt mit fortschreitender Zeit und dem Stillstand der Klimamaßnahmen weiter ab. Die Notwendigkeit eines dringenden, radikalen Wandels ist jetzt von größter Bedeutung.

Es steht außer Frage, dass wir unsere Weltwirtschaft dringend in ein System umwandeln müssen, das für alle und überall nachhaltig ist. Und wir müssen damit beginnen, den internationalen Handel als Teil unserer Ambitionen für eine nachhaltige Zukunft anzupacken. Von der Produktion bis hin zum Verbrauch trägt der internationale Handel erheblich zu unserer Klimakrise bei. Vor allem aber funktioniert er unfair und verteilt die Auswirkungen des Klimawandels ungleich auf diejenigen, die am meisten davon betroffen sind und zugleich am wenigsten für den Status quo verantwortlich sind. Auch das muss sich ändern.

Denn Kleinbäuerinnen und -bauern, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Arbeitnehmer*innen in einkommensschwachen Ländern, in denen fair gehandelte Waren hergestellt werden, tragen am wenigsten zu den Treibhausgasemissionen bei, leiden aber am meisten unter den schädlichen Auswirkungen des Klimawandels. Die **Beweise sind eindeutig** und veranschaulichen die Schwere und Häufigkeit von Klimaereignissen. Sie zeichnen ein Bild davon, wie sich Hitzewellen, unregelmäßige Regenfälle und andere klimatische Veränderungen derzeit auf Kleinbäuerinnen und -bauern, Arbeiter*innen und ihre Gemeinden auswirken.

Aber das ist nicht die Zukunft, die wir wollen, und es ist nicht die Zukunft, für die wir arbeiten. Die Vision des fairen Handels ist eine Gesellschaft, die sowohl die Menschen als auch den Planeten respektiert und nachhaltige Ansätze auf den globalen Märkten verfolgt, wo die Regulierung eine nachhaltige Produktion und einen nachhaltigen Konsum fördert. Mehr als 1,9 Millionen Landwirt*innen, KMU und Arbeiter*innen, die den Kern des fairen Handels bilden, sind der Beweis dafür, dass neue Wirtschaftsmodelle, die auf Solidarität und Partnerschaft aufbauen, tatsächlich möglich sind. Und sie funktionieren.

UNSERE FORDERUNGEN:

A) Regierungen

- ▶ Einhalten des Versprechens, bis Ende 2022 100 Milliarden USD für den Klimaschutz bereitzustellen
- ▶ Sich befassen mit Verlusten und Schäden
- ▶ Sicherstellen, dass die Klimafinanzierung Kleinbäuerinnen und -bauern, KMU und Arbeitnehmer*innen zugutekommt, auch durch ihre Beteiligung an der Gestaltung von Klimaprogrammen
- ▶ Eine Handelspolitik verfolgen, die die Menschen- und Umweltrechte unterstützt
- ▶ Einigung auf Vorschriften, die die Ursachen der Umweltzerstörung (z. B. Abholzung) bekämpfen, indem sie die Nichteinhaltung von Vorschriften sanktionieren und gleichzeitig sicherstellen, dass die Einhaltung dieser Vorschriften nicht Zulasten der Kleinbäuerinnen und -bauern geht

B) Unternehmen

- ▶ Unterstützung von Landwirt*innen, KMU und Arbeitnehmer*innen bei den Kosten der Anpassung und Eindämmung des Klimawandels
- ▶ Zahlung fairer Preise an Kleinbäuerinnen und -bauern, KMUs und Arbeitnehmer*innen
- ▶ Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Lieferketten, um diese Ziele zu erreichen

Was tut der faire Handel für den Klimaschutz?

Fair-Handels-Organisationen haben ein tiefes Verständnis für den Zusammenhang zwischen Umwelt- und Menschenrechten, und wir unternehmen weiterhin konkrete Schritte zur Förderung dieser Rechte. Bis heute produzieren 1.880 Organisationen in mehr als 70 Ländern Fairtrade-zertifizierte Waren, einschließlich Fairtrade-Klimazertifikate. Durch Fairtrade- Klimazertifikate wurden in den letzten fünf Jahren mehr als 650.000 Tonnen CO₂e eingespart und ein Umsatz von über 7 Millionen Euro erzielt. Mehr als 450 verifizierte Fairtrade-Unternehmen weltweit zeigen, dass auch andere Geschäftsmodelle möglich sind.

Von Papua-Neuguinea bis Mexiko investieren zertifizierte Erzeugerorganisationen auch in die Eröffnung tragfähiger wirtschaftlicher Alternativen für kommende Generationen von Bäuerinnen und Bauern in den Erzeugerländern. Das bedeutet, dass die Organisationen ihre Umweltrisiken bewerten, mit ihnen bei der Umsetzung von Klimaanpassungsplänen zusammenarbeiten und bei der Ausbildung von männlichen wie weiblichen Nachwuchsführungskräften zum Schutz und zur Wiederherstellung der Natur kooperieren. Heute wenden mehr als 500 Fair-Trade-Organisationen in Asien, dem Pazifik, Afrika, dem Nahen Osten und Lateinamerika agrarökologische Praktiken und nachhaltige Lieferketten an, wobei die meisten von ihnen Produkte wie Kaffee, Kakao, Bananen, Mode, Schmuck, Wohndekoration und verarbeitete Lebensmittel herstellen.

Der faire Handel ist der Ansicht, dass die beispiellose globale Klima- und Biodiversitätskrise nur mit einem tiefen Verständnis der menschlichen Zusammenhänge angegangen werden kann, um ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell zu entwickeln, das Lösungen für die am meisten betroffenen Menschen ermöglicht. Und als globale Bewegung erkennen wir die dringende Notwendigkeit, auf die Beseitigung unfairer Machtdynamiken im globalen, regionalen und nationalen Handel hinzuwirken, indem wir die Macht auf Kleinbäuerinnen und -bauern, Arbeiter*innen und Kunsthandwerker*innen verlagern. **Deshalb haben wir auf der COP26 alle Akteure in der globalen Lieferkette dazu aufgerufen**, Verantwortung zu übernehmen und den Kampf gegen den Klimawandel selbst in die Hand zu nehmen, indem sie Handelsabkommen abschließen, die für die Menschen und den Planeten fair sind, und indem sie eine Vorreiterrolle bei der Einhaltung der Menschenrechte und der ökologischen Sorgfaltspflicht übernehmen.

Im Rahmen der Klimavision des fairen Handels fördern die Fair-Handels-Organisationen und -Unternehmer erneuerbare Energien und Energieeffizienz, die Wiederaufforstung und den Stopp der Abholzung sowie die Wiederherstellung gesunder Böden, um deren produktives Potenzial zu steigern und so die Ausdehnung landwirtschaftlicher Flächen an Orten mit hohem Kohlenstoffbestand zu begrenzen. Diese Maßnahmen fördern die effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen auf ökologisch nachhaltige Weise und schützen, verwalten und stellen veränderte Ökosysteme wieder her, die die am meisten gefährdeten Gemeinschaften betreffen.

Das Ziel des fairen Handels: „Ein fairer und vollständig finanzierter Übergang“

Kleinbäuerliche Gemeinschaften und KMU wissen besser als jeder andere, wie sich der Klimawandel auf ihr lokales Umfeld auswirkt, und sie können unschätzbare Erkenntnisse darüber liefern, wie die notwendigen Änderungen vorgenommen werden können, um widerstandsfähiger und nachhaltiger zu werden. Die landwirtschaftlichen Gemeinschaften und KMU müssen die Möglichkeit haben, die Richtung der Programme zur CO₂-Reduktion zu bestimmen und sich einen klaren gemeinschaftlichen und finanziellen Nutzen davon zu sichern. Sie müssen auch von einem hohen Maß an zusätzlicher Kohlendioxidabscheidung profitieren. Um eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft für alle zu erreichen, müssen alle wichtigen Interessengruppen in unserer globalen Lieferkette mehr tun und etwas bewirken. Dabei müssen sie die kleinbäuerlichen Gemeinschaften und KMU sowie deren Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen.

Die Mitgliedstaaten und ihre Regierungen müssen die Gemeinschaften entscheidend dabei unterstützen, lokales und fachliches Wissen über den Klimawandel zu mobilisieren und zu nutzen. Darüber hinaus müssen sie ihre Versprechen zur Klimafinanzierung einlösen und ein Regulierungssystem schaffen, das Umweltleistungen belohnt und Umweltschäden bestraft. Die **Unternehmen** ihrerseits müssen den wahren Wert von Lebensmitteln und anderen natürlichen Ressourcen anerkennen und gerechtere Preise dafür zahlen. Die Zahlung fairer Preise, die Achtung des wahren Wertes von Produkten und die Einhaltung fairer Handelspraktiken stellen sicher, dass Landwirt*innen, KMU und Arbeitnehmer*innen in Ländern mit niedrigem Einkommen die Mittel haben, um die für die Klimaanpassung und den Klimaschutz erforderlichen Investitionen zu tätigen.

Wenn der Welthandel nicht verlangt, dass alle Akteure in der Lieferkette einen angemessenen Teil der Verantwortung dafür übernehmen, dass ihre Praktiken Mensch und Planet nicht schaden, wird Klimagerechtigkeit niemals Realität werden. Die **politischen Entscheidungsträger*innen** müssen mit ihrem Klimaversprechen fair umgehen und die Akteure der Lieferkette auffordern, sich mit der Fair-Trade-Bewegung und ihren Partnern zusammenzuschließen, um zu zeigen, wie Klimagerechtigkeit in den Handelssystemen hergestellt werden kann.

Um eine nachhaltige Zukunft zu erreichen, müssen alle Beteiligten sicherstellen, dass die Kosten für die Einhaltung aktueller und künftiger Umwelt- und Klimagesetze nicht auf die Produzent*innen abgewälzt werden. Stattdessen müssen sie sich in besseren Preisen für die von ihnen angebotenen Produkte sowie in einer besseren Entlohnung niederschlagen, so dass existenzsichernde Einkommen und existenzsichernde Löhne als wesentliche Bestandteile nachhaltig erzeugter Produkte Realität werden.

Der faire Handel fordert von den Mitgliedstaaten

- ▶ **Der faire Handel unterstützt nachdrücklich die internationalen Forderungen an die reichen Länder, ihr Versprechen einzulösen, bis Ende 2022 die versprochenen 100 Milliarden Dollar an Klimahilfe zu leisten und entscheidende Strategien zu entwickeln, um gefährdeten Gemeinschaften bei der Bewältigung der durch den Klimawandel verursachten Verluste und Schäden zu helfen.** Wir bekräftigen diese Forderung und fordern, dass diese Mittel Kleinbäuerinnen und -bauern, Arbeitnehmer*innen und KMU zugutekommen, und drängen darauf, dass diese Akteure in die Lage versetzt werden, die Verwendung der Mittel im besten Interesse ihrer Gemeinschaften zu gestalten.
- ▶ **In diesem Sinne rufen wir alle Mitgliedstaaten auf, nachhaltige Partnerschaften zu unterstützen, zu ermöglichen und zu fördern. Die Mitgliedstaaten müssen die nachhaltige Produktion durch Steuersysteme oder zollrechtliche Auflagen für nachhaltige Produkte in Handelsabkommen fördern und Anreize schaffen. Unserer Erfahrung nach sind Partnerschaften effektiver, wenn Landwirt*innen und KMU im Zentrum der Entscheidungsfindung stehen.**
- ▶ **Die Klimafinanzierung muss auch den Kleinbäuerinnen und -bauern sowie Arbeitnehmer*innen zugutekommen. Deshalb fordern wir Finanzierungen und Partnerschaften auf der Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe, die Kleinbäuerinnen und -bauern sowie Arbeitnehmer*innen in die Lage versetzen, sich anzupassen und widerstandsfähiger zu werden, und gleichzeitig den Übergang zu Netto-Null-Lieferketten unterstützen.** Da derzeit weniger als 2 % der Klimafinanzierung an kleinbäuerliche Betriebe fließen, müssen die Vergabekriterien und -verfahren von Finanzierungsmechanismen wie dem Grünen Klimafonds – sowie neue Verpflichtungen, wie der auf der COP26 angekündigte Entwaldungsfonds – für Kleinerzeuger*innen und ihre Organisationen auf klare und unbürokratische Weise zugänglich gemacht werden.

Fairer Handel appelliert an den Privatsektor

- ▶ Die Fair-Handels-Bewegung ruft dazu auf, den Wandel auf der Verbraucher*innen- als auch auf der Produktionsebene über alle Lieferketten hinweg gemeinsam zu unterstützen. Es ist ungerecht, dass schwache Gemeinschaften in Ländern mit niedrigem Einkommen die vollen Kosten der Klimakrise tragen müssen. Sie haben am wenigsten zum Klimawandel beigetragen, sind aber am stärksten von den schädlichen Folgen betroffen. Diejenigen, die in der Vergangenheit für die Emissionen verantwortlich waren, tragen die größte Verantwortung dafür, die Rechnung für die Bekämpfung des Klimawandels zu begleichen. Wir können nicht von Kleinbäuerinnen und -bauern, KMU und Arbeitnehmer*innen erwarten, dass sie die Kosten für den Übergang zu einer nachhaltigen Zukunft tragen, wenn sie gleichzeitig zu wenig für die von ihnen produzierten Waren verdienen und wenn endemische, ausbeuterische Handelspraktiken die Macht an der Spitze der Lieferketten konzentrieren.
- ▶ **Unser globales Handelssystem erfordert einen raschen und umfassenden Übergang zu nachhaltigen Praktiken, einschließlich der Zahlung eines existenzsichernden Einkommens und existenzsichernder Löhne. Die dramatisch niedrigen Preise und die ungleichen Bedingungen, unter denen Kleinbäuerinnen und -bauern, Arbeitnehmer*innen und KMU leiden, hindern sie und ihre Gemeinschaften daran, die Zukunft zu gestalten, die sie verdienen.** Wenn eine Maßnahme im Rahmen des Welthandels zu einer Verschlechterung der Umwelt und der Menschen- und Arbeitnehmerrechte führt, sollte dieser Handel nicht als fair bezeichnet werden.

Fairer Handel fordert Handelspolitik, die für die Menschen und den Planeten arbeitet

- ▶ **Die globale Handelspolitik muss die höchsten Umweltstandards sowie die Menschen- und Arbeitnehmerrechte unterstützen und auf eine drastische Reduzierung der Kohlenstoffemissionen hinwirken.** Dies soll bewährte Verfahren und kohlenstoffarme Innovationen vorantreiben, die Produktion und den Handel mit nachhaltigen Produkten fördern und die Einführung nachhaltiger Technologien entlang der Lieferketten unterstützen, einschließlich Investitionen in nachhaltige Frachtoptionen.
- ▶ Lokale Gemeinschaften in einkommensschwachen Ländern bekommen die Auswirkungen der Klimakrise bereits deutlich zu spüren. Daher kommt der Handelspolitik eine entscheidende Rolle zu, wenn es darum geht, Landwirt*innen, KMU und Arbeitnehmer*innen mehr Wertschöpfung zukommen zu lassen, um existenzsichernde Einkommen und Löhne zu ermöglichen. Darüber hinaus muss die Handelspolitik sie in die Lage versetzen, in wichtige Techniken zur Anpassung und Abschwächung klimabedingter Auswirkungen zu investieren und gleichzeitig Entwicklungsergebnisse, regionale Integration und einen besseren Marktzugang zu fördern.
- ▶ **Darüber hinaus müssen alle Handelsabkommen durch verbindliche und durchsetzbare Anforderungen ein klares Bekenntnis zu den Menschenrechten, den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und dem Pariser Abkommen enthalten.** Nur so können wir Handel, Entwicklung und Umwelt als Teil der Lösung für die Klimakrise zusammenbringen.

Fairer Handel fordert menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflicht

- ▶ Der faire Handel fordert verstärkte Initiativen zur Stärkung der Umwelt- und Menschenrechtsvorschriften, wie sie derzeit von der Europäischen Union verfolgt werden. Insbesondere begrüßen wir die Richtlinie zu nachhaltiger Unternehmensführung und die Verordnung zu entwaldungsfreie Produkte. Der faire Handel begrüßt auch die Anerkennung des Pariser Abkommens als Menschenrechtsvertrag durch den brasilianischen Obersten Gerichtshof sowie das Umweltgesetz Großbritanniens, das darauf abzielt, die Abholzung in Wertschöpfungsketten zu bekämpfen, um unbeabsichtigte negative Auswirkungen auf Kleinbäuerinnen und -bauern zu vermeiden.
- ▶ **Der faire Handel ist der Überzeugung, dass niemand zurückgelassen werden sollte. Daher fordern wir die politischen Entscheidungsträger*innen auf, die Ursachen der Entwaldung und Waldschädigung zu bekämpfen und gleichzeitig neue Marktvorschriften zu erlassen.** Dazu gehört unter anderem, dass die Bedeutung existenzsichernder Löhne und Einkommen in den Rechtsvorschriften zur Sorgfaltspflicht ausdrücklich hervorgehoben wird und dass die Auswirkungen der Einkaufspraktiken der Unternehmen, einschließlich der Preise, auf die Menschenrechte und die Umwelt bewertet werden. Dazu gehören auch Verpflichtungen zu ergänzenden finanziellen Unterstützungsmechanismen für Kleinbäuerinnen und -bauern, entweder durch staatliche Beihilfen, öffentlich-private Partnerschaften (PPP) und/oder die Unterstützung von KMU.
- ▶ **Wir fordern außerdem die Einführung solider Maßnahmen zur Sanktionierung von Unternehmen, die sich nicht an die Klimavorschriften halten, und die sicher stellen, dass Kleinbäuerinnen und -bauern, KMU und Arbeitnehmer*innen finanziell bei den Kosten für die Einhaltung der Sorgfaltspflicht unterstützt werden. Sie dürfen nicht mit den Kosten einer Klimakrise allein gelassen werden, die sie nicht verursacht haben.** Verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen müssen so gestaltet und durchgesetzt werden, dass sie ein nachhaltiges Wirtschaften fördern, unlauteren Wettbewerb verhindern, die Ausbeutung von Gemeinden und Natur stoppen und den Betroffenen Schutz ihrer Rechte und Zugang zu Rechtsmitteln garantieren.

Unsere Vision für eine klimagerechte Zukunft

Es ist ungerecht, die Kosten unserer Klimakrise auf die Schultern der schwächsten Bevölkerungsgruppen des Planeten abzuwälzen. Deshalb fordert die weltweite Fair-Handels-Bewegung die Durchsetzung öffentlicher Klimaverpflichtungen und die Rechenschaftspflicht der Handelsakteure für ihre Klimaversprechen. Aber das ist noch nicht alles.

Wir wissen, dass Kleinproduzent*innen, Arbeiter*innen und KMU Teil der Klimalösung sind. Und wir wissen, dass die Zukunft unseres Planeten davon abhängt, dass wir uns bewährte Alternativen zu den derzeitigen Produktionsmustern zu eigen machen, dass wir Investitionen für gerechtere Transformationen Priorität einräumen und die Möglichkeiten, sich an den Klimawandel anzupassen und den Klimawandel einzudämmen, noch in diesem Jahrzehnt ausbauen.

Fair-Handels-Organisationen und -Unternehmer wissen, dass konkrete Maßnahmen gegen den Klimawandel eine schwierige, zeitaufwändige und sich ständig weiterentwickelnde Aufgabe sind. Aber wir wissen auch, dass Klimagerechtigkeit im Handel machbar ist. Wir sind alle bereit, die notwendigen Investitionen zu tätigen, um den Wandel voranzutreiben. Aber wir fordern alle Akteure in der Lieferkette auf, das Gleiche zu tun.

Fair-Handels-Organisationen und -Unternehmer fordern alle Akteure der globalen Lieferkette auf, die Erzeugerländer bei der Bewältigung von Umweltrisiken und der Erhöhung der Klimaresilienz stärker zu unterstützen, um ein neues, von Klimagerechtigkeit geprägtes Wirtschaftsmodell zu schaffen.

Wir müssen gemeinsam handeln, und wir müssen jetzt handeln. Es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne Handelsgerechtigkeit.

